

Der Standard vom 24.04.2026

Acht Monate ORF-Chefin, sieben Wochen allein

Ingrid Thurnher ist fix zur ORF-Generaldirektorin bis Ende 2026 bestellt. Aber nur sieben Wochen hat sie den Job allein inne: Im Juni bestimmt der Stiftungsrat den General oder die Generalin ab 2027 – und wenn das nicht Thurnher ist, muss sie sich mit dem Nachfolger abstimmen.

Wenn Ingrid Thurnher erwogen hat, sich auch für die nächsten fünf Jahre um die Führung von Österreichs größtem Medienkonzern zu bewerben: Die Sitzung des ORF-Stiftungsrats am Donnerstag und die Verwerfungen um den Rücktritt ihres Vorgängers Roland Weißmann hat sie wohl noch einmal darüber nachdenken lassen.

Mit 31 Stimmen fiel das Votum für Thurnher deutlich breiter aus als erwartet. Nur die von der FPÖ und vom freiheitlich regierten Land Steiermark entsandten Stiftungsräte – Peter Westenthaler, Christoph Urtz und Thomas Prantner – stimmten gegen ihre Bestellung bis Jahresende. Der den Neos zuzurechnende Stiftungsrat Alexander Zach nahm nicht an der Sitzung teil und delegierte seine Stimme offenbar auch nicht. Bis zu ihrer fixen Bestellung für die Zeit bis Jahresende brauchte es im Stiftungsrat am Donnerstag schon deutlich mehr als sieben lange Stunden. Die Zeit nahm sich das oberste ORF-Gremium, um die Causa Roland Weißmann, frühere Compliance-Fälle und Sonderverträge etwa über ORF-Pensionen wie jene von ORF-Manager Pius Strobl aufzuarbeiten oder jedenfalls ausführlich zu diskutieren.

Einblicke in Berichte

Mit großer Mehrheit hat der Stiftungsrat in den Stunden bis zur Bestellung die Vorlage des Compliance-Berichts über die Causa des zurückgetretenen ORF-Generals Roland Weißmann verlangt, ebenso die internen Untersuchungsberichte über den ebenfalls zurückgetretenen ORF-Landesdirektor Robert Ziegler und ORF-3-Geschäftsführer Peter Schöber. Zudem sollen jene zwei Rechtsgutachten vorgelegt werden, die Weißmann als ORF-General davon abbrachten, den Sonderpensionsvertrag des bestbezahlten ORF-Managers Pius Strobl anzuerkennen, den noch sein Vorgänger Alexander Wrabetz abgeschlossen hatte. Stiftungsräte sollen die Verträge und Berichte nun kommende Woche im ORF einsehen können.

Schon am Donnerstag wurde der Pensionsvertrag Strobls im Stiftungsrat vorgelegt, berichtete Westenthaler am Rande der Sitzung. Er habe „so etwas noch nicht gesehen“, erklärte er, ohne auf Details einzugehen. Westenthaler hatte schon vor der Sitzung erklärt, er erwarte die Kündigung weiterer ORF-Manager noch am Donnerstag. Wenn Ex-General Roland Weißmann wegen des „Anscheins unangemessenen Verhaltens“ gekündigt werde, dann müsse der Maßstab auch für andere gelten, sagte Westenthaler.

Seine Ablehnung Thurnhers begründete der freiheitliche Stiftungsrat damit, dass Thurnher diese von ihm verlangten Kündigungen noch prüfen wolle und nicht gleich umzusetzen bereit war. Zudem sei Thurnher ein „Fan“ des von den Freiheitlichen abgelehnten ORF-Beitrags, auch das habe ihn zum Nein bewogen.

Wirtschaftswissenschaftler und Moment-Gründer Leonhard Dobusch forderte ORF-Generalin in der Sitzung am Donnerstag auf, bei der Staatsanwaltschaft eine Strafanzeige zu erstatten im Zusammenhang mit dem Sonderpensionsvertrag. Dobusch äußerte in der Sitzung laut Ohrenzeugen den Verdacht von „Untreue und Bilanzfälschung“, den es aus seiner Sicht zu prüfen gelte.

Schon wieder Generalwahl

Gleich in einer Woche beginnt schon die nächste Bewerbungsfrist für all jene, die längerfristig ORF-Generaldirektor oder Generaldirektorin werden wollen: Der Stiftungsrat schreibt Anfang Mai die Position des Alleingeschäftsführers bei diesem 1,1-Milliarden-Euro-Konzern aus, der großteils aus ORF-Beiträgen finanziert wird. Bewerbungsschluss: Ende Mai, bestellt wird schon am 11. Juni.

Ab diesem Zeitpunkt hat der ORF für den Rest des Jahres zwei Generaldirektoren. Die am Donnerstag bestellte Ingrid Thurnher muss sich laut Stiftungsrat, wie in solchen Phasen üblich, mit ihrem Nachfolger oder ihrer Nachfolgerin bei längerfristig relevanten Entscheidungen abstimmen.

Vorher aber muss sich Thurnher noch mit drängenden Budgetfragen beschäftigen: Die Einnahmen aus Beiträgen sind bis 2029 limitiert mit bis zu 745 Millionen Euro. Nach internen Berechnungen muss der ORF neben laufenden Sparnotwendigkeiten weitere rund 25 Millionen Euro einsparen, und das nicht erst 2027. Anfang Mai soll es STANDARD-Informationen zufolge eine Sitzung der Geschäftsführung zu diesem – im Vergleich mit gut 1,1 Milliarden Gesamteinnahmen – überschaubaren, aber doch auch schmerzenden weiteren Sparzwang geben. Damit kann der ORF nicht einfach auf den nächsten General warten.

Auf den ORF und seine Führung kommen gerade wieder grundlegende Richtungsentscheidungen zu: Die Regierung plant für Herbst einen „Konvent“ über Zukunftsfragen des Medienstandorts Österreich – da geht es insbesondere um Kooperationsverpflichtungen für den ORF mit privaten Medienhäusern und möglicherweise auch zu weiteren Beschränkungen seines Angebots, wenn es nach den Wünschen aus dem privaten Wettbewerb geht.

Die Regierungsparteien haben sich in ihrem Koalitionsprogramm aber auch einen schlankeren, transparenteren, bürgernäheren ORF vorgenommen, mehr Unabhängigkeit in den ORF-Aufsichtsgremien und einen neu definierten Auftrag für den öffentlich-rechtlichen Medienkonzern.

Bild: Am Donnerstag wurde Ingrid Thurnher vom Stiftungsrat bis Jahresende zur Generaldirektorin des ORF bestellt.

Bild: APA/GEORG HOCHMUTH